

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspalt oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 19. Mai 1892.

Ulmahne von Inzeraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greif-  
wald G. Illies. Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg  
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.  
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 19. Mai.** Morgen hält die konser-  
vative Fraktion des Abgeordnetenhauses wieder  
eine Beratung über die Parteianglegenheit ab,  
zu der alle Mann dringend einberufen werden.  
Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt über diese Ver-  
handlungen:

„Es ist bisher über dieselben, die unter den  
gegenwärtigen kritischen Zeitumständen ein nahe-  
liegendes Interesse haben müßten, wenig in die  
Öffentlichkeit gedrungen. Die Parteiblätter  
schweigen und aus sonstigen Quellen erfährt man  
auch nicht viel. Wie uns berichtet wird, sind  
allerdings auch die bisherigen Verhandlungen so  
gut wie ergebnislos verlaufen; der vor kurzem  
noch so scharfe Konflikt innerhalb der Partei ist  
auf dem besten Wege, völlig zu verpuffen, und  
es kann heute schon mit Sicherheit vorausgesehen  
werden, daß von der „reinhildigen Scheidung“, die  
unlängst von beiden Seiten gefordert wurde, nicht  
mehr die Rede ist. Der Fanatismus der Kreuz-  
zeitungsrichtung scheint einigermaßen abgeklungen  
zu sein und weitere Sezessionen der ge-  
mäßigten Elemente werden auch nicht mehr er-  
wartet. Auch mit der Aufstellung eines neuen  
Programms scheint es wegen der mancherlei  
heissen Fragen, die hierbei zur Entscheidung  
kommen müßten, noch gute Wege zu haben. Für  
die Klärung unserer Parteiverhältnisse wäre es  
vielleicht wünschenswerter gewesen, wenn die  
Scheidung zum Durchbruch gekommen wäre.  
Wie die konservative Partei als solche dabei ge-  
fahren wäre, ist aber eine andere Frage. So-  
nach werden wir allem Anschein nach auch in  
Zukunft mit einer konservativen Partei rechnen  
müssen, welche eine in ihren Zielen schroff rea-  
ktionäre und in ihren Mitteln demagogisch auf-  
reizende Richtung neben einer gemäßigten, be-  
rechtigte konservative Bestrebungen verfolgenden  
Richtung in sich vereinigt.“

Die deutsch-freimünne „Danziger Ztg.“  
veröffentlicht über die Wirkungen des Renten-  
gesetzes einen Artikel eines landwirtschaftlichen  
Mitarbeiters, worin es heißt:

„Der wesentlichste Zweck des Gesetzes, die  
Anhebung auf kleineren Besitzungen zu fördern,  
ist zweifellos erreicht, und zwar in viel höherem  
Grade, als es früher angenommen und für mög-  
lich gehalten wurde. In fast allen Kreisen un-  
serer Provinz, besonders in den südlichen, in Ost-  
preußen, Posen und Schleisien ist eine große Zahl  
von kleineren und größeren Parzellen zum Ver-  
kauf gekommen. Es fehlte ja auch früher nicht  
an Gelegenheit zu solchen Käufen, im Gegenteil,  
oft haben wir berechtigten Klagen gehört über das  
Partzellierungs-Unwesen, durch welches die Käufer  
häufig in der Weise geschädigt wurden, daß ein-  
mal der Preis oft höher als der Wert angelegt  
und bewilligt wurde, und daß die Restkaufgelder  
zu hohen Zinsen und unter sonstigen ungünstigen  
Bedingungen eingetragen wurden. Bei kurzer  
Kündigungsfrist seitens der Verkäufer entständen  
Verlegenheiten, welche bisweilen zum Verluste  
des Eigentümers führten. Die amortisierende  
Rente schied hier einen heilsamen Riegel vor.  
Ein weiterer Vorteil für den Käufer liegt darin,  
daß in Höhe des halben Wertes der Gebäude,  
welche nach dem Urteil der General-Kommission  
für das zu bebauende Grundstück wirtschaftlich  
unrentabel sind, ein Darlehen gewährt wird,  
welches ebenfalls durch eine Rente getilgt wird.  
Hierdurch wird für viele Ansiedler erst die Mög-  
lichkeit geboten, eine ihren Wünschen entsprechende  
Fläche zu erwerben, da sie ansonsten einen  
größeren Teil ihres Kapitals zur Herstellung  
der Bauforderungen zurückzahlen müßten, und in  
Folge dessen nur eine kleine Fläche zu erwerben  
im Stande sein würden. Auf der andern Seite  
ist auch vielen Grundbesitzern erwünschte Gelegen-  
heit geboten, einzelne Teile ihres Landes, welche  
abgegeben, oder aus anderen Gründen für die  
eigene Wirtschaft ungeeignet sind, zu veräußern  
und den ganzen Kaufpreis dafür einzunehmen,  
während sie bei dem gewöhnlichen Verkauf immer  
einen großen Teil des Kaufpreises stehen lassen  
müssen. ... Einen Erfolg hatten wir für  
wahrscheinlich: die härtere Veranlagung festlicher  
Leute, welche, wenn sie kleinere Grundstücke be-  
sitzten, lobnenden Nebenerwerb durch landwirt-  
schaftliche Arbeiten finden und den durch die  
Sachengänge hervorgerufenen Arbeitermangel  
verringern können.“

Es ist erfreulich, daß auch auf deutsch-  
freimünner Seite, wo man die wichtige Maß-  
regel innerer Kolonisation sehr beifallig, ihre  
Bedeutung jetzt richtiger erkannt wird.

Bei der Anwesenheit des Kaisers in  
Danzig wurde der polnische Graf Stierowski  
auf Waplewo zum königlichen Kammerherrn er-  
nannt. Der „Gonic Wielt.“ bemerkt dazu:  
„Wir hätten lieber gehört, daß derselbe zum  
Oberpräsidenten ernannt worden wäre. Persön-  
liche Auszeichnungen, welche Polen verliehen  
werden, erzeugen unter uns nur Mißbehagen;  
denn, wie vor 100 Jahren, geben die Auszeich-  
nungen Einzelner immer neben dem politischen  
Unglück einher.“

Die Anschauungen über den Werth einer  
Ernenennung zum königlichen Kammerherrn mögen  
unverändert bleiben. Aber an deren Stelle gleich  
eine Beförderung zum Oberpräsidenten bean-  
suchen, das geht denn doch über das erlaubte  
Maß von staatsbürgerlicher Bescheidenheit  
hinaus.

Es ist unzweifelhaft, daß der reisende  
Abt, den die Schmähschriften des Rektors  
Althardt gefunden haben, und der starke Zubru-  
senfationskühner Elemente zu den von ihm  
abgehaltenen öffentlichen Versammlungen stim-  
ulierend auf dessen Verlaumdungswort ein-  
gewirkt haben. Noch unter dem freischen Eindruck  
einer Gerichtsverhandlung, in der er selbst als  
Schlepper eines jüdischen Tierschäfers als das  
Auffälligste bloßgestellt wurde, findet er den Mut,  
im Namen des Deutschtums auf Neue als  
Anführer des Judentums aufzutreten. Wie  
wäre das Alles möglich und denkbar ohne die  
stille, geheime, aber wirksame Unterstützung der  
Leute, die seinen Enthüllungen Beifall spenden?  
— Sehr mit Recht hat das „Konf. Wochenblatt“  
ausgeführt, daß das Piebelsal, auf dem Herr  
Althardt steht, geschaffen wird von Leuten, die  
durch vielbeutige Geberden oder, wie die „Kreuz-  
zeitung“ und die „Konf. Corr.“ das thun, durch  
vielbeutige Anspielungen der Meinung Vorwurf  
leisten, als ob in der That an den ungewöhnlichen,  
wahnwichtigen Beschuldigungen, die jetzt verbreitet  
werden, etwas Wahres wäre. Ohne diese ge-

heime Unterstützung würde Herr Althardt schwer-  
lich die Rolle haben spielen können, in der er  
sich jetzt gefallt. Man sollte sich übrigens hüten,  
die Dinge allzu tragisch zu nehmen. Der ge-  
sunde Zustand unseres staatlichen und gesellschaft-  
lichen Organismus wird uns auch diese Ver-  
leumdungsepidemie überwinden lassen, wie wir  
unmittelbar nach dem großen Aufschwung des  
Jahres 1870 bis 1871 die weit glücklichere Ver-  
leumdungsperiode überwinden haben. Nur bei  
wirklich verrotteten Verhältnissen könnten Vor-  
gänge, wie wir sie jetzt erleben, ernsthafte Ge-  
fahren nach sich ziehen.

Die Bildung eines Garantiefonds für  
die Veltausstellung in Berlin ist auf bestem  
Wege. Verschiedene Firmen des Baarenhandels  
haben denjenigen Herren gegenüber, welche die  
Schaffung des Garantiefonds in die Hand ge-  
nommen haben, ihre Bereitwilligkeit aus-  
gesprochen, sich mit großen Summen zu betheiligen.  
So hat eine hiesige Konfektions-Firma 100,000  
Mk., eine erste hiesige Detail-Firma 200,000  
Mk. angemeldet, andere große Firmen wollen  
sich mit 50 bis 100,000 Mk. an dem Garantie-  
fonds betheiligen. Auch die Berliner Gastwirt-  
schaft und Gasthofbesitzer, von denen eine offizielle  
Mittheilung allerdings noch nicht vorliegt, wollen,  
wie es heißt, eine halbe Million Mark aufbringen.  
Allein die Herren Lorenz Alton (in Firma Hil-  
ler), Rudolf Dreßel, Adolf und Wilhelm Mühl-  
ling vom Römischen Hof und Konrad Uhl vom  
Hotel Bristol haben die Zeichnung einer Summe  
von 100,000 Mark angekündigt. Aus aus den  
Kreisen der hiesigen Banken und Bankgeschäfte  
wird dem Garantiefonds ein erheblicher Betrag  
— man rechnet auf zwei Millionen Mark — zu-  
fließen.

In den letzten Tagen ist im Referen-  
dum des Oberlandesgerichtsbezirks Frankfurt ein  
Rundschreiben des Präsidenten Hagens zuge-  
gangen, worin derselbe die Erwartung ausdrückt,  
daß sich die Kandidaten bei der Aufertigung der  
schriftlichen Arbeiten für die große Staatsprüfung  
von jeder Täuschung der Justiz-Prüfungskom-  
mission fernhalten werden. Es handelt sich nach  
dem „Rb. C.“ besonders um Mißbräuche bei der  
sogenannten „Proberelation“. Bekanntlich werden  
den Kandidaten die Alten über eine bereits vor  
Gericht fertig abgehandelte Sache, aber ohne das  
ergangene Erkenntnis, zugeteilt, und es ist nun  
die Aufgabe, dieses Erkenntnis selbstständig auf-  
zustellen. Verwundernd wird in dem Rundschrei-  
ben auf solche, der Justizverwaltung bekannt ge-  
wordene Fälle hingewiesen, in denen Kandidaten  
bei der Aufertigung ihrer Proberelationen das den  
zugeheilten Alten entsetzte Erkenntnis sich ander-  
weitig in den gerichtlichen Registraturen oder bei  
den Prozeßverrettern der Parteien, ja sogar bei  
Legitimen selbst zu verschaffen gewußt und miß-  
bräuchlich bei ihrer Arbeit verwandt haben.  
Wieder haben die Rechtsanwältler es abgelehnt,  
den Kandidaten das erbetene Erkenntnis einzu-  
händigen. In dem Oberlandesgerichtsbezirk  
die Referendare von diesen Vorkommnissen be-  
nachrichtigt, bemerkt er, daß er den die Inter-  
essen der Justizverwaltung schädigenden Miß-  
bräuchen auf strengste entgegenzutreten werde.  
Das Rundschreiben ist auch den Rechtsanwält-  
lern des Bezirks überliefert worden.

Die Pflege ihrer Parteipresse bildet die  
vornehmlichste Sorge der Sozialdemokraten, und  
ihre Opferwilligkeit in der Unterstüttung nicht  
rentabler Provinzialzeitungen ist eine bedeutende.  
Unter solchen Umständen kann es denn auch nicht  
wunder nehmen, daß die sozialdemokratische Presse  
in unglaublich kurzer Zeit einen nicht zu unter-  
schätzenden Einfluß auf die Arbeiterbevölkerung  
gewonnen hat. Auch auf der am letzten Sonntag  
abgehaltenen Parteikonferenz für den Stadtbezirk  
Berlin und die Provinz Brandenburg bildeten  
die „Verhältnisse der Parteipresse“ die Haupt-  
punkte der Tagesordnung; während aber noch vor  
kurzem über bedeutende Defizits der Unmütz-  
klätter des genannten Bezirks geklagt wurde,  
lautete diesmal der Bericht recht günstig. Vom  
„Vorwärts“ abgesehen, der erhebliche Reinerträge  
abwirft, ist nun auch die „Volksstimme“ existenz-  
fähig; die „Märk. Volksstimme“ bedarf ebenfalls  
eines Zuschusses nicht mehr, und die „Branden-  
burger Zeitung“ hat schon im ersten Jahre ihres  
Bestehens dreitausend Mark Ueberschuß ergeben.  
Zusatzbedürftig ist nur noch das „Telow-  
Weesow-Storower Volksblatt“, aber auch dieses  
zählt bereits 1500 Abonnenten. Die Versammlung  
lehnte darum auch einen Antrag, der dem ge-  
nannten Organe die Existenzberechtigung ab-  
sprechen wollte, ab. Ausschlaggebend hierbei  
waren die folgenden, bemerkenswerten Äußerungen  
des Abgeordneten Auer:

„Es würde einen sehr schlechten Eindruck  
machen, wenn die Partei ein Blatt, das vor den  
Thoren Berlins erscheint, eingehen ließe. Die  
Genossen sollten nicht vergessen, daß die Presse  
das beste Kampfmittel, ja das Aushängeschild der  
Partei ist. Deshalb ist die Parteikasse wohl ver-  
pflichtet, eventuell den Parteiblättern zu Hilfe zu  
kommen. Die Begründung und das Befestigen  
eines Parteiblattes darf nicht immer vom  
Standpunkt der Existenzfähigkeit, sondern auch  
von dem des Bedürfnisses aus beurteilt werden.  
Die Partei ist eben kein Zeitungs-Verlagsunter-  
nehmen, das nur nach der Rentabilität urtheilt,  
sondern eine politische Partei, welche die Aufgabe  
hat, die sozialdemokratischen Grundzüge bis in die  
entlegensten Dörfer und arbeitsfähigen Hütten zu  
tragen. Dazu werden die Parteigelber herbeige-  
rufen und in diesem Sinne müssen die Gelder veran-  
schlagt werden. Die rentierenden großen Partei-  
blätter liefern jährlich 100- bis 150,000 Mk.  
Ueberschüsse. Damit kann und muß schwächeren  
Organen vorübergehend geholfen werden. Selbst-  
verständlich ist es notwendig, mit der Gründung  
von neuen Parteiblättern vorsichtig zu sein und  
auch auf eine gute Redaktion und Verwaltung der  
Blätter Bedacht zu nehmen; im übrigen sind  
aber die Parteigelber nicht dazu da, um bei Maaß  
und Genossen angelegt zu werden.“

Der Eisenbahnminister Thielen hat schon  
wiederholt beteuert, daß er sich den Preisbe-  
ziehungen der Kohlenzettel nicht ohne Weiteres  
unterwirft. Er ist jetzt auch den Anerbietungen  
der Zechen bei der jüngsten, in Altona erfolgten  
Verbindung entgegengetreten. Ausgesprochen  
waren von der königlichen Eisenbahn-Direktion  
in Altona 41000 Tonnen Lokomotivkohle; die  
Verwaltung des rheinisch-westfälischen Kohlen-  
verkaufs-Syndikats machte ein Angebot zu dem  
Preis von neun Mark für die Tonne gemischter  
Lokomotivkohle frei Zechen; andere Sorten wurden

zu entsprechend höheren und niedrigeren Preisen  
angeboten; einschließend der Fracht stellten sich die  
Preise auf 13,85 bis 14,85 Mark während die  
Firma Binscher in Altona englische Kohlen zu  
13,30 bis 14,15 Mark liefern wollte. Der  
Eisenbahnminister hatte sich den Zuschlag vor-  
behalten. Nunmehr bringt das „D. D. H.“  
folgende Nachricht:

Köln, 18. Mai. Die „R. Z.“ meldet: Die  
vorbehaltene Entscheidung des Ministers Thielen  
über die Kohlenverbindung bei der Eisenbahn-  
direktion Altona, wobei auch England konkurriert,  
ist nunmehr dahin ausgefallen, daß der Minister  
den von den westfälischen Zechen geforderten  
Preis von 9 Mk. als keineswegs der jetzigen  
Marktlage entsprechend anerkennt, sondern zu  
hoch bezeichnet. Die Direktion Altona ist an-  
gewiesen, mit den Zechen wegen weiterer Preis-  
ermäßigung zu verhandeln. Bei befriedigendem  
Ausgang soll die Direktion ermächtigt sein, den  
ganzen Jahresbedarf abzuschließen.

Mit dem in Bayern wenigstens für die  
nächstjährigen Landtagswahlen angestrebten Ein-  
verständnis beider liberaler Parteien ist anscheinend ihr  
äußerster Ausläufer nach links, die Volkspartei  
nicht einverstanden, zum mindesten hat vorgestern  
in einer Versammlung zu Nürnberg der dorthin  
eingeladene Reichstagsabgeordnete Reichsminister  
Bayer aus Stuttgart gegen diese Idee Verwal-  
tung eingelegt. Die Volkspartei befindet sich in Bayern  
seit dem Verluste des in-bayern Reichstagsman-  
dates keine parlamentarische Vertretung mehr,  
scheint sich aber bei den bevorstehenden Landtags-  
wahlen in den mittelfränkischen Industriestädten  
zwischen Freising und Soziale Demokratie einen  
Mandatsgewinn sichern zu wollen, weshalb gegen  
die in Nürnberg kürzlich ausgesprochenen groß-  
liberalen Bündnisse des freisinnigen Fröhr-  
d. Stauffenberg sehr bestimmt Front gemacht  
wird. Bei den allgemeinen Landtagswahlen im  
Juni 1887 setzte die Volkspartei in Herrn Gora  
aus Jülich sogar einen der Jünger durch; sein  
Mandat wurde infolge von der neuen Kammer  
kassiert und durch Wahl eines Freisinnigen an  
seiner Stelle bekräftigt. Die Wahlmänner dieses  
Urtheils, eine Vorgesichte, die dem Kampfe der  
Volkspartei gegen den Liberalismus in den  
nächsten allgemeinen Landtagswahlen zweifellos  
einen besonders erbitterten Charakter geben wird.  
Daß Herr Bayer vorgestern zu Nürnberg darüber  
heftig gegen die „Verpreßung“ Süddeutschlands  
sprach, bedarf kaum der besonderen Hervor-  
hebung.

Hamburg, 17. Mai. In den letzten Jah-  
ren sind in den Städten Hamburg, Altona, Kiel,  
Lübeck, Cuxin u. s. w. katholische Gotteshäuser  
errichtet worden, deren schleunige und ziemlich  
gleichzeitige Erbauung darauf hinweist, daß man  
es hier mit einem planmäßigen Vorhaben der  
katholischen Kirche zu thun hat, auch in Nord-  
deutschland mehr und mehr Terrain zu gewinnen.  
In Hamburg ist die Zahl der Katholiken in den  
letzten fünf Jahren von 18,000 auf etwa 23,000  
gewachsen (wie das „Katholische Kirchenblatt“  
selbst meldet); in Holstein ist ebenfalls  
ein Wachsen der katholischen Einwohnerzahl bei  
der letzten Volkszählung konstatiert worden. Als  
in Hamburg die Katholiken vor etwa Jahresfrist  
den Staat um die unentgeltliche Herabgabe von  
Grund und Boden behufs Erbauung einer Kirche  
in der ehemaligen Vorstadt St. Georg angingen,  
lehnte der hamburgische Senat das Gesuch ab.  
Wie es später in einigen Nachbarkirchblättern hieß  
— die hamburgische Presse ging auf die Sache  
nicht ein — habe bei dem Senat die Bemerkung  
Windthorst's bei seinem Besuche in Hamburg  
Anstoß erregt, „Hamburg werde noch wieder ein-  
mal St. Georgs Biethums werden“. Seitdem  
haben die Katholiken in St. Georg eine Kirche  
errichtet und eine zweite soll nunmehr in dem  
50,000 Einwohner zählenden Vororte Elmshorn  
erbaut werden. Das „Katholische Kirchenblatt“  
schreibt darüber:

„Am Dienstag Nachmittag ist der erste  
Spentatlich zur neuen Kapelle in Elmshorn vom  
Pastor prim. Darling in Gegenwart mehrerer  
Mitglieder des Kirchenkollegiums u. s. w. ge-  
macht, während man schon am Morgen desselben  
Tages mit den Erdarbeiten an dem Pfarr-  
und Schulhause begonnen hatte. Ein Komitee erklärt  
gleichzeitig einen Aufruf an die Katholiken Ham-  
burgs für die Marienkirche in St. Georg, wofür  
bis jetzt 100,000 Mark eingegangen sind, zu  
ihrer Vollendung noch weitere 100,000 Mark  
aufzubringen.“

Karlruhe, 18. Mai. (W. T. B.) Der  
Großherzog und die Großherzogin statten heute  
Morgen der Königin-Regentin und der Königin  
von Holland in dem Lustkurort Sand einen Gegen-  
besuch ab. Die Kronprinzessin von Schweden  
besichtigt in Rom, wo sie vorgestern eingetroffen  
ist, einige Tage zu verweilen.

Österreich-Ungarn.

Wie uns aus Wien berichtet wird, ist  
die Einladung der amerikanischen Regierung zu  
der internationalen Silberkonferenz zwar auch  
dort überreicht worden, eine Antwort auf die-  
selbe aber bisher nicht erfolgt. Unser Korrespon-  
dent zweifelt daran, daß man der Einladung  
Folge geben werde, da abgesehen von technischen  
Gründen, indem jetzt ja alle sachmännischen  
Kräfte der Regierung durch die Valutaregulir-  
ungs-Angelegenheit in Anspruch genommen  
sind, schließlich ein plausibler Grund für eine  
Bescheidung jener Konferenz nachst gemacht  
werden könnte.

Wien, 18. Mai. (W. T. B.) Der  
Prinzregent Sulpiz von Bayern stattierte der  
Fürstin Metternich einen längeren Besuch ab  
und sprach sich sehr anerkennend über die inter-  
nationale Musik- und Theater-Ausstellung aus.  
Die Fürstin dankte dem Prinzregenten für die  
Unterstützung und Förderung des schwierigen  
Unternehmens.

Wien, 18. Mai. (W. T. B.) Der  
„Politischen Korrespondenz“ zufolge wird sich der  
König von Italien entweder auf der Hinreise  
nach Berlin oder auf der Rückreise von dort  
einige Stunden in Frankfurt am Main aufhal-  
ten, um das dort stationierte 1. hiesige Infanterie-  
Regiment Nr. 13, dessen Chef der König ist, zu  
besichtigen.

Wien, 18. Mai. (W. T. B.) (Anschü-  
licher Meldung über das vom Polenklub ver-  
öffentlichte Komunique.) Der Finanzminister  
Dr. Steinbach erklärte bei seinen gestrigen Mit-  
theilungen im Polenklub über die Valutaregulir-  
ung die Nothwendigkeit finanzieller Opfer durch  
die Aufnahme eines Anlehens gegeben, die jähr-

liche Zinslast betrage ca. 9 Millionen fl., trete  
aber nicht sofort im vollen Umfange ein. Die  
Konvertirungen könnten dem Staate bis zu 1 1/2  
Millionen fl. ersparen. Keinesfalls werde die  
Finanzverwaltung ein Wiederaufleben des Defizits  
dulden. Einen günstigen Erfolg des Anlehens  
halte er für zweifellos. Der Zeitpunkt der ersten  
Operation hänge von dem Abschluß der Geleg-  
gebung ab. Bei der Bestimmung der Relation  
sei die strenge Objektivität maßgebend gewesen.  
Der Bimetallismus sei zur Zeit unmöglich, die  
Besetzung der Zahlungsmittel sei bereits im  
Gehege vorgegeben. Uebrigens würden die Han-  
dels- und Zahlungsbilanzen voraussichtlich eine  
günstige Entscheidung bringen. Die Aufnahme  
der Baarzahlungen müsse ruhig und sicher er-  
folgen. (Beifall.) Weiter erklärte der Minister,  
der vorgezogene Umrechnungsкурс stelle eine  
billige Ausgleichung der widerstrebenden Inter-  
essen dar. Eine Vertheuerung des Goldes durch  
Einführung der Goldwährung sei unvorschie-  
lich, der Goldzufluß werde durch die vorgezoge-  
ne Relation begünstigt werden. Eine einseitige  
Konvertirungspolitik werde nicht angestrebt.  
Zeittermine für die Beendigung der Reform  
könnten nicht festgestellt werden. Allerdings könn-  
ten außerhalb der Nachschäre der Regierung  
gelegene Umstände die ganze Reformarbeit unter-  
brechen; auch in diesem Falle wäre jedoch die  
Lage noch günstiger als bei der Fortdauer der  
gegenwärtigen Verhältnisse. Betreffs der Be-  
ziehungen zwischen beiden Staatsgebieten sei eine  
Zwangslage ausgeschlossen und eine Kollision der  
Interessen unmöglich. Der Vertrag werde vor-  
ausichtlich ein dauerndes Bündnis zwischen  
den beiden Staatsgebieten schaffen. Der Rede  
des Ministers folgte lebhafter Beifall. Der Ob-  
mann des Polenklubs sprach dem Minister den  
Dank des Klubs aus.

Gries bei Vöden, 18. Mai. (W. T. B.)  
Die Herzogin Friederike von Anhalt-Bernburg  
und die Prinzessin von Schleswig-Holstein-Son-  
derburg-Glücksburg sind heute Nachmittag zum  
Kuraufenthalt hier eingetroffen und haben im  
„Hotel Bellevue“ Wohnung genommen.

Frankreich.

Paris, 17. Mai. Ein hiesiges Blatt hat  
bei mehreren auswärtigen Sozialisten herum-  
fragen lassen, was sie von der heutigen Lage Euro-  
pas, der revolutionären und diplomatischen, hal-  
ten, und sich auch an Engels in London, den  
Freund und Berater Karl Marx', gewendet.  
Dieser erklärte, wie kein Gesinnungsgenosse in  
Berlin und Paris, Anarchisten gäbe es als Partei  
gar nicht, was sich so nenne, stehe im Solde der  
Polizei und könne nur von diesem Standpunkte  
beurtheilt werden. Anläßlich der französisch-  
russischen Allianz entwarf Engels ein nichts weniger  
als gleichmüthiges Bild der russischen Zu-  
stände, welches das Pariser Blatt, der „clair“,  
widerlegt, wahrscheinlich nicht zur Erbauung  
vieler iener Leser. Ueber Elsaß-Lothringen befragt,  
sagte Engels:

„Ich hoffe, in etwa zehn Jahren werden die  
deutschen Sozialisten am Ruder stehen. (1) Die  
Partei wird dann nichts Edleres zu thun haben,  
als den Elsaß-Lothringern die Mittel zu geben,  
selbst über ihre Zukunft zu verfügen. Die Frage  
wird gelöst werden, ohne daß ein französischer  
Soldat zu rühren braucht; dagegen wäre ein  
Krieg zwischen Frankreich und Deutschland das  
einzige Mittel, den Sieg der Sozialisten hintan-  
zuhalten. Und wenn Frankreich und Rußland  
vereinigt Deutschland angriffen, dann würde dieses  
letztere seine Existenz als Nation, an welcher die  
deutschen Sozialisten noch ein größeres Interesse  
haben, als der Bürgerland, bis auf Messer ver-  
theiligen. Die Sozialisten würden sich daher  
bis auf den letzten Mann vertheidigen und sich  
vor den revolutionären Mitteln nicht scheuen,  
welche Frankreich im Jahre 1793 anwandte.“

Der Goldvorrath der „Bank von Frank-  
reich“ ist nunmehr bis auf 1447 Millionen Fran-  
ken angewachsen und in den nächsten Wochen  
dürfte die dritte Halbmilliarde voll geworden sein.  
Indirekt wenigstens steht also der französischen  
Regierung ein Kriegsschatz zu Gebote wie keiner  
anderen Macht des Kontinents — ganz abgesehen  
von den drei Milliarden Sparschillingen in  
Rente, die ebenfalls angegriffen werden können.  
Die letzte Festlegung in dem Zustande  
des Kardinals Lavignier ist nach einer dritthalb-  
stündigen lebhaften politischen Unterredung mit  
Jules Ferry und Cambon (in Alger) eingetre-  
ten, die ungeachtet des ärztlichen Rathsgebotes bei  
ihm vorgelassen wurden. Wie ich höre, leidet  
der Kardinal an Herzbeutelwahrheit; es ist da-  
her wohl überflüssig, sich mit ihm noch als Kan-  
didaten für die Daria zu beschäftigen.

An dem bevorstehenden Turn- u. s. w. Reoan-  
feste in Nancy werden sich ungefähr 130 Vereine  
aktiv betheiligen, darunter 6 luxemburgische, 5  
belgische, 4 schweizerische, 5 geistliche. Die  
Gerechten sollen am 3. Juni an der Grenze in  
Luxemburg eintreffen und am 4. einen feierlichen  
Einzug in Nancy halten. Im Festprogramm  
figuriert ein Vögelenauszug nach der Gerar-  
mer-Schlucht und dem Gipfel des Hoheneck, mithin  
hart an die deutsche Grenze, die über den Hoheneck  
läuft. Von den zu dem Studentenfeste geladenen  
ausländischen Hochschülerverbindungen hat an-  
gänglich die Mehrzahl ihre Betheiligung zugesagt.  
Selbst ist, daß in einer Subscriptions-Einla-  
de „elsaß-lothringische Universität“ bezeichnet wird.  
Der Besuch des Präsidenten Carnot in Nancy,  
Luneville u. s. w. gewinnt, wie die Presse her-  
vorhebt, noch eine besondere Bedeutung dadurch,  
daß es das erste Mal seit 1870 ist, daß das  
Staatsoberhaupt zu der „waderen“ Bevölkerung  
der Diktatur kommt.

Der Chef des „militärischen Hauses“ Car-  
nots, General Brugere, soll die im nächsten Mo-  
nat freitretende 12 Infanterie-Division in Reims  
erhalten und in seiner Funktion als Generalsekretär  
der Präsidialkanzlei durch einen Zivilisten er-  
setzt werden; dem General Voisin in Reims ist  
das Kommando des 5. Korps in Orleans zugeteilt,  
dessen Führer, Galland, im Juni abtritt.  
In der Presse war die Behauptung aufgestellt,  
unter den 40 Kommandeuren von Infanteriedivisionen  
befänden sich nicht weniger als 16 Artillerie-  
offiziere, die keine Gelegenheit verlor, um ihre  
Vorliebe für die Kanone zu betätigen und sich  
das Vertrauen der Infanterie abzuwerben zu ma-  
chen. Das „Echo de Paris“ versichert dagegen,  
unter diesen Kommandeuren seien nur 4 Artillerie-  
offiziere: Zurlinden, Mercier, Voisin, de Baul-  
grenant.

Um den neuen Reserve-Regimenten der In-  
fanterie mehr innere Haft und Gleichmäßigkeit  
zu verleihen, sollen den beiden Landwehr-Batallio-  
nen jedes gemischten Regiments für die Kom-  
panie 1 Lieutenant, 4 Unteroffiziere und 4 Kor-  
porale des Aktiv-Regiments zugeteilt werden,  
„so oft dies ohne Ortsveränderung möglich ist“;  
außerdem erhält, wie es scheint, jedes der Land-  
wehr-Batallione auch einen aktiven Hauptmann,  
der eventuell das Kommando übernehmen wird.  
Die ungeeigneten Elemente unter den Landwehr-  
Offizieren der fraglichen Batallione sollen rüch-  
tighes ausgemerzt werden. In dem Landwehr-  
Offizierskorps macht sich eine lebhaft unzufrie-  
denheit über diese Anordnungen geltend; sie fin-  
det selbst in dem besonnenen „Progrès militaire“  
frühe Vertheuerung. Augenwischend legt die  
Heeresleitung wenig Werth mehr auf die eige-  
nliche „Territoriale“, die nach Formierung der ge-  
mischten Regimenter zurückbleibt, ist vielmehr  
vor allem bestrebt, die Qualität der letzteren zu  
steigern, selbst auf die Gefahr hin, die übrige  
Landwehr zu desorganisiren.

Die kommandirenden Generale sind ange-  
wiesen worden, die ihnen unterstellten Kavallerie  
häufig selbst zu besichtigen und auf genaue Be-  
obachtung der Regiments zu halten, nachdem sich  
eine große Ungleichmäßigkeit der Ausbildung bei  
den Kavallerie-Regimenten herausgestellt hat.  
Die Sache ist hauptsächlich auf gewisse Kom-  
mandeure von Kavalleriedivisionen und Brigaden  
gemünzt, die sich von den bestehenden Vorschriften  
gar zu sehr emancipirt haben, und eine  
Frucht der bei den vorjährigen Manövern gemach-  
ten Erfahrungen.

Im Kolonialamt weiß man nichts über die  
von den Gesellschaften-Ansätzen über Amerika ge-  
melbten Vorgänge. Die „Ansätze unterm Wind“  
sind übrigens seit 1888 in permanenter Aufre-  
gung, seitdem die Franzosen sich einfallen ließen,  
die Schutzherrschaft in direkte Anexion zu ver-  
wandeln. Dabei war es hauptsächlich auf die  
vorzügliche Rube von Matara abgesehen, die  
einen Zufluchtsort für die französischen Kriegsschiffe  
der Pacific-Station bilden kann. In Frank-  
reich schreit man die Schuld an den Unruhen  
auf die englischen Missionäre.

Paris, 18. Mai. (W. T. B.) In Folge  
von Reklamationen französischer Kaufleute dar-  
über, daß das jetzige Zollregime die Handels-  
beziehungen Frankreichs mit Spanien vollständig  
verhindere, richtete der Vorsitzende der Zollkom-  
mission der Deputiertenkammer Melina an die  
Minister des Auswärtigen und des Handels das  
Gesuch, die Zollkommission in dieser Beziehung  
anzuklären. Beide Minister haben darauf näch-  
sten Sonnabend ihr Erscheinen vor der Zollkom-  
mission angekündigt.

Paris, 18. Mai. (W. T. B.) Die heute  
stattgehabte Versammlung der Aktionäre der  
„Societe de depots et comptes courants in Li-  
quidation“, in welcher circa 15,000 Aktien durch  
etwa 500 Aktionäre vertreten waren, hat folgen-  
den Antrag angenommen: Die Aktionäre ver-  
weigern jede Ein- resp. Nachzahlung so lange,  
bis die Liquidatoren alle mit der Verantwortlich-  
keit der Gesellschaft zusammenhängenden Vorrechte  
unternehmen haben, sei es gegen den Präsidenten  
der Gesellschaft oder sei es gegen den Notar,  
welcher das Schriftstück über den Ankauf des  
Hotel Continental durch den „Credit oligier“ ver-  
abschafte.

Italien.  
Rom, 18. Mai. (W. T. B.) Das Par-  
lament ist zum 25. d. M. einberufen worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. Mai. Zur goldenen  
Hochzeit werden am 26. Mai hier 21 fürstliche  
Personen als Gäste des dänischen Herrscherpaars  
versammelt sein, mit Ausnahme der Mitglieder  
des Königshauses, welche sich hieselbst permanent  
aufhalten. Rechnet man diese hinzu, nämlich das  
Kronprinzenpaar mit Familie, Prinz Walbemar  
mit Familie, sowie die Prinzen Wilhelm und  
Johann von Glücksburg, dann steigt die Zahl auf  
39. Das Königspaar hat sechs Geschwister am  
Leben. Von diesen werden jedoch voraussichtlich  
nur drei an der Jubelfeier Theil nehmen und  
zwar: die Prinzen Wilhelm, Johann und Julius.  
Die beiden Erstgenannten wohnen seit 1864 in  
Kopenhagen. Prinz Wilhelm ist der älteste  
Bruder des Königs und hat soeben das 75.  
Lebensjahr erreicht. Prinz Johann ist der jüngste  
Bruder des Königs, 65 Jahre alt. Prinz Julius  
hat gleichfalls längere Zeit in Kopenhagen ge-  
wohnt, bis er vor acht Jahren nach Vallerien  
überföhrte wo er sich mit der Tochter des hiesigen  
Mittelmehrs v. Zieglar, Elisabeth von  
Zieglar, einer lebenswichtigen und schönen  
Dame, vermählte. Sie wurde unter dem Namen  
einer Gräfin Noell in den dänischen Adelsstand  
erhoben, starb aber nach kurzer Ehe. Prinz  
Julius trifft in nächster Woche hier ein. Der  
König hat außer diesen drei Brüdern zwei  
Schwestern am Leben, welche indeß ihres hohen  
Alters wegen, kaum hieselbst zu erwarten sein  
dürften. Die älteste Schwester des Königs,  
Prinzess Friederike, ist über 80 Jahre alt; sie  
war mit dem regierenden Herzog von Anhalt-  
Bernburg vermählt, trat 1863 in den Wittwen-  
stand und residirt gewöhnlich auf Schloß Ballen-  
stedt. Des Königs zweite Schwester, Prinzess  
Julie, ist 70 Jahre alt. Sie war seit 1860  
Verheiratet mit dem hiesigen Fräuleinstitus zu Yngboe in  
Dänemark und verläßt diese Stadt äußerst selten.  
Die Königin von Dänemark hatte zwei Schwestern;  
die jüngste derselben, Prinzess Auguste, starb vor  
vier Jahren auf ihrer Villa bei Selinger. Sie  
war seiner Zeit mit dem Baron Wigen-Sinede  
vermählt. Die noch lebende Schwester der Kö-  
nigin ist die Wittve des Prinzen Friedrich von  
Anhalt-Desau; sie ist 76 Jahre alt. Von den  
jetzigen Mitgliedern des dänischen Herrscher-  
paars, welche hier erwartet werden, wird das  
russische Kaiserpaar mit seinen Kindern auf  
Schloß Bernstorff Wohnung nehmen und hier  
voraussichtlich einige Wochen nach dem Feste ver-  
bleiben. Die Prinzessin von Wales wird An-  
fangs nächster Woche hier eintreffen aber an den  
Festlichkeiten nicht theilnehmen; der Prinz von  
Wales kommt erst später. Die Herzogin von  
Cumberland trifft heute Abend hier ein und be-  
absichtigt mit ihren Kindern hier Seebäder zu  
nehmen. Die verschiedenen hiesigen Gesellschaften  
werden am Festtage oder am Tage vor dem  
Jubelfeste die Glückwünsche der fremden  
Souveräne darbringen. Außerdem werden hier  
russische, englische und französische Flottenabthei-



